

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1910

204 (28.7.1910) 1. Blatt

Karlsruher Zeitung.

1. Blatt

Donnerstag, 28. Juli

1. Blatt

N^o 204

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 (Fernsprechanschluß Nr. 154), woselbst auch Anzeigen in Empfang genommen werden.
Borauszahlung: vierteljährlich 3 M 50 P; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M 65 P.
Einrückungsgebühr: die gepaltene Petizions- oder deren Raum 25 P. Briefe und Gelder frei.
Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

1910

Amtlicher Teil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unter dem 7. Juli d. J. gnädigst geruht, den Professor Dr. Alfred Winkelmann an der Oberrealschule mit realgymnasialer Abteilung in Freiburg zum Direktor der Realschule in Müllheim zu ernennen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unter dem 30. Juni d. J. gnädigst geruht, den Oberlehrer (Reallehrer) Franz Wiltner an der Humboldtschule in Karlsruhe auf sein untertänigstes Ansuchen wegen vorgerückten Alters unter Anerkennung seiner langjährigen, treu geleisteten Dienste auf 11. September d. J. in den Ruhestand zu versetzen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unter dem 7. Juli d. J. gnädigst geruht, den Direktor der Realschule in Müllheim Dr. Ludwig Wohl auf sein untertänigstes Ansuchen bis zur Wiederherstellung seiner Gesundheit auf 1. Oktober l. J. in den Ruhestand zu versetzen.

Mit Entschließung des Großh. Oberschulrats vom 22. Juli d. J. wurde dem Revisionsgehilfen Joseph Schmidt von Gengenbach unter Verleihung der Amtsbezeichnung „Revident“ die etatmäßige Amtsstelle eines Bureaubeamten beim Oberschulrat übertragen.

Mit Entschließung des Ministeriums des Großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten vom 25. Juli d. J. wurde Stationskontrollleur Ludwig Göpper in Steinbach zur Generaldirektion der Staatseisenbahnen versetzt.

Nicht-Amtlicher Teil.

Handelsverträge.

Das Deutsche Reich muß sich Bahnen offen halten, um für seine Ausfuhr genügend Spielraum zu haben. Diese Ausfuhr nimmt von Jahr zu Jahr für das deutsche Wirtschaftsleben eine immer größere Bedeutung an. Das Reich würde den Zuwachs an Bevölkerung, der jährlich etwa eine Million Köpfe ausmacht, gar nicht ernähren können, wenn durch die Ausfuhr nicht immer von neuem Arbeitsgelegenheit geschaffen würde. Also wird auf die Erhaltung und Erweiterung der Ausfuhr die Aufmerksamkeit der Politiker gerichtet bleiben müssen. Jeder neue Vertrag ist in dieser Beziehung wichtig; am wichtigsten wird jedoch die Frage nach der richtigen Handelspolitik, wenn eine größere Wandlung auf Zoll- und handelspolitischen Gebiet eintritt, und das wird voraussichtlich wieder am Ende des Jahres 1917 der Fall sein, zu welchem Zeitpunkte die bedeutendsten der zwischen dem Deutschen Reich und anderen Staaten abgeschlossenen Tarifverträge ablaufen. Auf den letzteren beruht ja der Vertragstarif, also die deutsche Konzeptionssumme, die neben den Tarifvertragsstaaten auch allen meistbegünstigten zufällt. Man wird wohl sagen, bis 1917 sei noch lange hin, und man brauche sich darüber jetzt nicht den Kopf zu zerbrechen. Das wäre sehr verfehlt. Es kann nicht frühzeitig genug Stellung zu gewissen handelspolitischen Fragen genommen werden, um für den entscheidenden Moment ein sicheres Fundament zu haben. Auch für die Handelsverträge, die mit dem 1. März 1906 einsetzten, sind die Vorarbeiten viele Jahre vorher, die Produktionsstatistik beinahe ein Jahrzehnt vorher in Angriff genommen worden. In dem schon erwähnten Aufsatz war auf einen Unterschied hingewiesen, der in der Handelspolitik Frankreichs und der Vereinigten Staaten von Amerika einerseits und des Deutschen Reiches andererseits besteht. Das letztere baut seine Handelspolitik auf den Tarif- und Meistbegünstigungsverträgen auf, die ersteren auf dem Maximal- und Minimaltarif. Mit anderen Worten: die niedrigste Zollgrenze, die Deutschland zugestehet, kann jeden Tag durch einen neuen Tarifvertrag geändert, und zwar noch weiter ermäßigt werden; die Konzeptionssumme, die Frankreich und die Vereinigten Staaten gewähren, ist stabiler, sie kann nur auf Grund eines Gesetzgebungsaktes umgestaltet werden. Nun wird man natürlich nicht sagen dürfen, daß das eine System nur Vorzüge, das andere nur Nachteile habe. Das wäre grundfalsch, namentlich da Deutschland bei

seinem bisherigen System stets seinen Export hat steigern können. Jedoch eine eingehende Erwägung verdient die Frage, ob in dem bisherigen handelspolitischen System des Deutschen Reiches alles unverändert gelassen werden soll. Auch wird es Zeit, sich darüber klar zu werden, welche Forderungen deutscherseits bezüglich der Klarlegung der verschiedensten Stellen in den Zolltarifen anderer Staaten bei etwaigen neuen Verhandlungen gestellt werden sollen. Es hat sich ergeben, daß recht viele Stellen zu Meinungsverschiedenheiten Anlaß geben. Dem muß für die Zukunft vorgebeut werden. Es ist also Anlaß gegeben, sich mit handelspolitischen Fragen auch allgemeiner Natur schon jetzt zu beschäftigen. Namentlich werden auch die großen Interessentenvereinigungen sich über die bei der Handelspolitik von ihnen zu befolgenden Grundsätze möglichst bald klar werden müssen, denn ihre Gutachten sollen die Grundlage für die Entschlüsse der Regierungen abgeben.

Δ Berlin, 26. Juli. Im ersten Halbjahr 1910 hat die Entwicklung des deutschen Außenhandels unserer Nationalwirtschaft ein entschieden günstiges Zeugnis angesetzt. In keinem der früheren Jahre hat die Ausfuhr die Wertziffer von 3541 Millionen erreicht, die im laufenden Jahre erzielt ist. In dem bisher besten Jahre 1907 betrug diese Wertziffer 3306 Millionen Mark. Noch viel mehr fällt ins Gewicht, daß sich der Einfuhrüberschuß, der im Jahre 1909 1126 Millionen Mark betragen hat, auf 721 Millionen Mark, also um über 400 Millionen verringert hat. Endlich ist festzustellen, daß die Ausfuhr im Vergleich zu den ersten 6 Monaten des Vorjahres nahezu fünfmal so stark gestiegen ist wie die Einfuhr.

Die italienischen Radikalen und der Dreibund.

Die in englischen und französischen Blättern aufgetauchte Meldung von einem nahe bevorstehenden oder im Grunde schon beschlossenen Beitritt des osmanischen Reichs zum Dreibund ist, wie der „Köln. Bzt.“ aus Rom berichtet wird, von der italien. Presse mit einem gewissen Eifer besprochen worden. Ganz gleichgültig, ob die Meldung eine sommerliche Zeitungsgente ist oder ob sie einen tatsächlichen Hintergrund hat, von Interesse ist hier zunächst nur, wie sich die öffentliche Meinung Italiens zu dem Gedanken an sich stellt. Der Sinn des Anschlusses der Türkei an den Dreibund würde im wesentlichen der sein, daß von nun an Deutschland, Österreich-Ungarn, Italien und die Türkei einander ihren gegenwärtigen Verhältnisse gegenüber und damit ein Bollwerk gegen allerlei unruhige Bestrebungen der kleineren Balkanstaaten und des dortigen slavischen Völkergemisches errichten. Wenn man sich nun erinnert, wie noch vor einem Jahre ein großer Teil der italienischen Presse eine lebhafteste Vorliebe z. B. für serbische Unruhestifter an den Tag gelegt und einem Bündnis der Balkanstaaten eifrig das Wort geredet hat, so sollte man erwarten, daß der Gedanke des Beitritts der Türkei zum Dreibund hier nichts weniger als Zustimmung fände. Aber genau das Gegenteil geschieht, der Gedanke wird mit Freuden begrüßt. Kennzeichnend für die seit zwei Jahren völlig umgeschlagene Stimmung gewisser italienischer Kreise gegenüber dem Dreibund ist vor allem ein Leitartikel der radikalen „Vita“. Die Radikalen haben bekanntlich seit dem Frühling mehrere Parteigenossen in der Regierung: sie denken daher auch über die auswärtige Politik jetzt anders als zurzeit, da sie in der Opposition gegen das Kabinett Giolitti-Tittoni standen, und stimmten jetzt der Verstärkung des Dreibundes durch den Anschluß der Türkei nicht ohne eine gewisse Begeisterung zu. Die „Vita“ betrachtet diesen Anschluß als eine neue starke Bürgschaft für die Stetigkeit der Verhältnisse und beklagt, daß man in Italien früher sich allzuoft „philo-dramatischen Deklamationen“ gegen die Türkei hingegen habe. Die „Vita“ erinnert auch an das in den letzten Jahren noch ausgeübte Mißtrauen gegen die Zuverlässigkeit der italienischen Politik und hofft, daß es eben durch ein Bundesverhältnis mit der Türkei beseitigt werde; Italien müsse unbedingt die Besitzsicherheit des türkischen Reiches begünstigen. Allerdings läßt die „Vita“ durchblicken, daß dies hauptsächlich deshalb geschehen müsse, um eine weitere Ausdehnung Österreich-Ungarns auf Kosten der Türkei zu verhindern: sie kann den

alten Herdeseß nicht ganz verbergen. Aber das Wesentliche ist, daß sie den Dreibund an sich außer Diskussion setzt, sie nimmt ihn vielmehr als gegebene feste Grundlage, die noch weiter verstärkt werden müsse. Und darin liegt ein Fortschritt.

Koloniales.

Eine ständige Kolonialkommission.

* Berlin, 27. Juli. Der Staatssekretär des Reichskolonialamts, v. Lindequist, wandte sich an die Handelskammern von Berlin, Köln, Chemnitz, Nürnberg, Bremen, Mannheim und Hamburg um die Benennung von Mitgliedern für eine ständige Kommission zur Unterstützung der Kolonialverwaltung in wirtschaftlichen Fragen, die der Staatssekretär näher bezeichnet. Hamburg und Berlin sollen je zwei, die übrigen Handelskammern je einen Vertreter wählen. Es ist beabsichtigt, die Kommission von Zeit zu Zeit zu gemeinsamen Sitzungen unter dem Vorsitz des Staatssekretärs einzuberufen und auch in Einzelfällen das Gutachten von den Mitgliedern zu erbitten.

Baumwollbau in Deutsch-Ostafrika.

* Der vor kurzem in der Deutsch-Ostafrikanischen Rundschau veröffentlichte Entwurf einer Verordnung, betreffend die Einfuhr von Baumwollsaat und Maßnahmen zur Bekämpfung von Baumwollschädlingen, hat zu Erörterungen in der heimischen Presse Veranlassung gegeben, die zum Teil auf irrtümlichen Voraussetzungen beruhen. Die geplante Verordnung bezweckt — ebenso wie die bisher gültige vom 4. August 1904 — in erster Linie, die junge ostafrikanische Baumwollkultur vor Schädigungen durch Insekten zu bewahren, die in fremdländischen Baumwollgebieten die Erträge in mehr oder weniger hohem Grade geschmälert haben und neue Kulturen ernstlich bedrohen. Vor allem kommt hierbei ein mexikanischer Nüsselfäher, der sogenannte Bollweevil, in Betracht, der bekanntlich in den Südstaaten der Union seit Jahr und Tag ungeheure Ernteausfälle verursacht hat und dessen Einschleppung nach Afrika eine schwere Gefahr für den dortigen Baumwollbau bedeuten würde. Aus diesem Grunde allein muß es als Pflicht der Verwaltung betrachtet werden, alles aufzubieten, um die Einschleppung des genannten Schädlings zu verhindern. Irrtümlich ist die Annahme, daß durch das — übrigens bereits seit 1904 bestehende — Verbot der Einfuhr amerikanischer Baumwollsaat Versuche mit Uplandbaumwolle ausgeschlossen seien, und daß in Deutsch-Ostafrika ausschließlich ägyptische Sorten produziert werden sollen. Die amerikanische Upland-Baumwolle wird auch in anderen wichtigen Baumwollgebieten, z. B. in Rußisch-Asien, in mehr oder weniger großem Umfange angebaut, so daß man im Saatbezug keineswegs von Amerika abhängig ist. Die Ausführung vergleichender Anbauversuche mit Baumwollarten- und -sorten verschiedenster Herkunft, insbesondere mit Uplandsorten in Deutsch-Ostafrika, ist bereits seit längerer Zeit beschlossen, und schon binnen kurzem werden in verschiedenen Bezirken der Kolonie eigene Saatgutstellen errichtet werden, denen unter anderem die Aufgabe zufällt, diese Anbauversuche vorzunehmen. Hierfür die in Britisch-Nyasaland und dem Uganda-Protektorat gezüchteten Lokalrassen von Upland-Sorten heranzuziehen, kann im Interesse der Sache nur erwünscht sein, da diese in den ostafrikanischen Nachbargebieten bereits erprobten Sorten und Rassen auch für Deutsch-Ostafrika bessere Aussichten bieten, als Sorten außerafrikanischer Herkunft. Bei Bezug von Saat aus den britischen Nachbargebieten ist außerdem eine größere Gewähr für Rassenreinheit und Freisein von Schädlingen gegeben, da in diesen Kolonien, namentlich aber in Uganda, eine scharfe Kontrolle seitens der Verwaltung stattfindet, und die Saatgut- und Saatverteilung hier in gerader Vorbildlicher Weise geregelt ist. Eine Abhängigkeit im Saatbezug von den englischen Nachbargebieten kann aber aus den obenerwähnten Gründen niemals eintreten, und die geplante Verordnung des Gouvernements wird sich bei näherer Betrachtung als durchaus im Interesse der Baumwollpflanzung wie der gesamten Baumwollkultur Deutsch-Ostafrikas liegend erweisen. Daß bei Ausführung der Staatkontrolle den Bedürfnissen der Pflanzung Rechnung getragen werden wird, geht schon daraus hervor, daß in Zukunft außer Tanga und Darassalam auch

andere Orte als Einfuhrplätze für Baumwollsaat zugelassen werden sollen, während nach der Verordnung vom 4. August 1904 die Einfuhr nur über Tanga gestattet war.

Aus dem englischen Parlament.

(Telegramme.)

* London, 26. Juli. Unterhaus. Handelsminister Buxton brachte im Unterhause einen Gesetzentwurf zur Abänderung des bestehenden Urheberrechts ein und führte in seiner Begründung aus, die im Entwurf enthaltenen Vorschläge seien das Resultat der Konferenz von Berlin, auf welcher man zu dem Übereinkommen gelangt sei, die betreffenden Gesetze der vertretenen Länder miteinander in Einklang zu bringen. Dies Übereinkommen mache eine Änderung der englischen Gesetze notwendig, und zwar seien in England größere Änderungen erforderlich als in irgend einem anderen Lande, denn jedes andere Land habe die Urheberrechtsgesetzgebung zu einer zeitgemäheren gestaltet als England. — Der Unterstaatssekretär für Indien erklärte bei der Begründung des indischen Budgets, die Regierung von Indien habe bei der Lage in Tibet nichts gefunden, was ein Abweichen von ihrer Politik und eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten Tibets notwendig mache. Die Regierung habe der chinesischen Regierung klar gemacht, daß sie ein genaues Festhalten an den Bestimmungen der englisch-tibetischen und englisch-chinesischen Abmachungen fordern würde. Die von der chinesischen Regierung erhaltenen Zusicherungen ließen keinen Zweifel an Chinas bona fides zu. Der Unterstaatssekretär sprach dann ausführlich über die inneren Angelegenheiten Indiens und erklärte: Es hätten kürzlich politische Umtriebe stattgefunden, mit denen niemand sympathisieren könne. Es sei zu Mord, zu Mordanschlägen, zu Aufreizungen und Gewalttätigkeiten gekommen. Wenn man gestatte, daß sich diese verderblichen Auswüchse ausbreiten, würde ein Zustand geschaffen, der jedem Fortschritte mehr entgegenarbeite als die schärfsten Zwangsmassregeln. Die Mehrheit der Indier erkenne die Gefahr und bemühe sich, die radikalen Elemente zu unterdrücken, welche die berechtigten Interessen nur gefährdeten. Während der letzten sechs Monate habe sich ein wesentlicher Umschwung zugunsten der Regierung vollzogen. Sie werde gegen jede Aufwiegelung unerbittlich vorgehen, zu gleicher Zeit aber berechtigten Bestrebungen jegliche Förderung zuteil werden lassen. Montagu betonte, daß die im vergangenen Jahre erlassenen Akte betreffend die Erweiterung der legislativen Mächtigkeiten und die Einführung eines Wahlsystems zu befriedigenden Erfolgen geführt haben. Der Emir von Afghanistan habe Vertreter zu einer Kommission ernannt, die in Simla zusammengetreten sei, um die verschiedenen Grenzfragen in die Wege zu leiten. Die Haltung der afghanischen Vertreter verspreche eine schnelle Erledigung.

* London, 26. Juli. Premierminister Asquiths ausweichende Auskunft über den Stand der Verhandlungen der Verfassungskonferenz, die am Montag abends eine Sitzung abhielt, wurde von Staatssekretär Birrell abends im Eightyklub ergänzt, wo der irische Sekretär der Föderation des britischen Weltreichs auf Grund eines allgemeinen „home rule“ in Aussicht stellte. Auch im Unterhause herrscht die Überzeugung vor, daß das Ergebnis der Verhandlungen jedenfalls die irische, vielleicht sogar die schottische Selbstverwaltung sein werde.

Die Kaiseritage in Riga.

* Es ist sehr lange her, daß ein russischer Kaiser in der alten Hansestadt weilte, die sich heute noch ihr deutsches Gepräge bewahrt hat. Alexander III. war nie in Riga. Daher ist der Kaiserbesuch am Beginn der vorigen Woche, anlässlich der Feier der Enthüllung eines Denkmals für Peter den Großen, zur Erinnerung an die zweihundertjährige Zugehörigkeit Livlands zu Rußland, für die baltischen Lande von besonderer Bedeutung. Die Kaiseritage in Riga sind ohne jede Störung verlaufen. Ein kaiserlicher Dank wurde veröffentlicht für den „warmen Empfang und insbesondere für die musterhafte Ordnung“, die während der Kaiseritage „von der Bevölkerung selbst aufrechterhalten wurde“. Die Ordnung war in der Tat musterhaft; allerdings waren fieberhafte Arbeiten der durch mehrere hundert Polizisten und Gendarmen aus Moskau und Petersburg verstärkten Polizei vorausgegangen. Schon bald nach den ersten Fahrten des Kaisers durch die Straßen der Stadt wurden aber, wie der „Voss. Zig.“ aus Riga geschrieben wird, auf höheren Befehl die Absperrungsmaßnahmen gemildert, so daß schließlich das Publikum, unbehindert durch Truppen oder Schutzmanschetten, bis dicht an den Kaiser und seinen Wagen gelangen konnte. Als der Kaiser den kaiserlichen Garten verließ, wo ein Fünfuhrtee mit Vorträgen der deutschen, russischen und lettischen Gesandten stattgefunden hatte, wurde er, dicht umdrängt vom Publikum, beim Durchschreiten der langen Hauptallee bis zum Ausgang mit der in spontaner Begeisterung angestimmten und stets von neuem wiederholten Kaiserhymne begleitet. Dieser herzliche Empfang und die in reichem Festschmuck prangende, abends prächtig beleuchtete schöne alte Stadt machten Eindruck auf den Kaiser, und er hat das nicht verhehlt. Er war während

der drei Tage seines Aufenthalts in heiterster Stimmung. In den nichtoffiziellen Gesprächen mit den deutschen Stadt- und Adelsvertretern bediente sich der Kaiser mehrfach der deutschen Sprache, die er tadellos akzentfrei spricht. Die Kaiserin, deren Gesundheit zu wünschen übrig läßt, verließ die Nacht „Standart“, die mitten in der Düna vor dem Schloß Anker geworfen hatte, nur zur Teilnahme an der Enthüllung des Denkmals für Peter den Großen. Hier erschien sie mit den drei kleinen Großfürstinnen Olga, Maria u. Anastasia, während der sechsjährige Thronfolger stets an Bord blieb. Bei den offiziellen Festmählern auf der Kaiserjacht war die Kaiserin anwesend. Auch empfing sie dort einige Abordnungen. Den kleinen Thronfolger konnte man vom Ufer aus auf der Jacht spielen und herumtollen sehen. Bei der Abfahrt von Riga wurde der kleine Großfürst von seinem Kinderwärter Derewenko, einem ehemaligen Obermattrosen, auf die Schultern gehoben, und er grüßte militärisch zu der am Kai versammelten Menge hinüber, während die Kaiserin und die Großfürstin mit ihren Töchtern winkten. Der Empfang, der dem Kaiser in Riga bereitet wurde, war ein persönlicher Dank für das Toleranzmanifest, ein Dank auch für die Worte, die er vor einigen Jahren auf den Rand einer Ministerdenkschrift setzte, in der von dem König der baltischen Deutschen um die Mutterprache in ihrer Schule berichtet wurde. Er schrieb: „Ich sehe darin nichts Ungefährliches.“ Und der Empfang war auch eine Bekundung dessen, daß das Festhalten an nationaler und kultureller Sonderart die Anhänglichkeit für Kaiser und Reich nicht mindert.

Vom Balkan.

(Telegramme.)

* Saloniki, 27. Juli. Die in Strumnika strafweise beim Straßenbau beschäftigten Soldaten haben gemuert. Das Wachdetachment schritt ein. Vier Meuterer wurden getötet, acht schwer verletzt, acht Mädelführer festgenommen. Die Meuterer gehören zu den seinerzeit wegen Meuterei aus Konstantinopel entfernten Truppenteilen.

* Athen, 26. Juli. Der Ministerrat beschloß, das Gesetz betreffend die Reinigung der Universität durchzuführen und etwa 15 Professoren verschiedener Fakultäten zu entlassen. — Venizelos ist hier eingetroffen.

Die Frage der Entlassung von Universitätsprofessoren hatte einen sehr leidenschaftlichen politischen Charakter angenommen, weil verschiedene Parteien die Angelegenheit politisch auszubenten suchten und sich zu diesem Zweck hinter die Studenten stellten, die in verschiedene Lager gespalten sind und einander durch Kundgebungen reizen. Die mit Entlassung bedrohten Professoren und die Personen, die deren Lehrstühle einzunehmen trachten, beschimpften einander in der Presse. Besonders eifrig gegen die Professoren schürte das Blatt „Akropolis“, das vor einiger Zeit von Professor Auros eines Gelderpressungsverluches beschuldigt wurde. Infolgedessen wurden bei Nacht der Chefredakteur dieses Blattes, Gabrilidis, und einer der Mitarbeiter von gedungenen Personen auf der Straße halb tot geschlagen. Die Polizei hat die Täter nicht ermittelt. Die Blätter melden, daß in den letzten Tagen überhaupt verschiedene derartige Überfälle stattgefunden hätten.

* Konstantinopel, 27. Juli. Der türkische Gesandte in Athen erklärte in einem Interview dem „Tanin“, er habe die griechische Regierung wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß die Türkei im Falle der Aufnahme von freitischen Deputierten in die griechische Nationalversammlung der Kriegserklärung nicht ausweichen könne.

Marokko.

(Telegramme.)

* Tanger, 26. Juli. Zu Ehren des scheidenden Gesandten Dr. Rosen veranstaltete die deutsche Kolonie lt. „Ndn. Zig.“ gestern ein Abschiedsfest. Der Direktor der deutschen Orientbank, Hoffmann, würdigte Rosens Verdienste um die deutsche Sache. Dr. Rosen erwiderte, daß der seltenen Lichtheit der Deutschen in Marokko zu danken sei, was erreicht sei; diese Lichtheit schließe einen Stillstand in der Entwicklung der deutschen Interessen in Marokko aus. Was bisher geschaffen worden, sei nur ein bescheidener Anfang. Wenn jetzt Marokko erschlossen werde und das deutsche Kapital sich an der Erschließung beteilige, würden wir unsern gebührenden Anteil erhalten. Dr. Rosen ermahnte die Anwesenden, stets die deutsche Sache vor Augen zu haben und einig zu sein.

* Tanger, 27. Juli. El Mokri ist an Stelle Sidi Kaiffa Ben Omar zum Minister des Auswärtigen ernannt worden. Der deutsche Gesandte, Dr. Rosen, ist abgereist.

* Paris, 27. Juli. Aus Fez wird über Tanger gemeldet: Finanzminister wird der Sohn El Mokris, Si Tadjeb. Aus Abida wird berichtet, daß die Hauptschuldigen an dem Angriff auf französische Truppen bei Mul el Bacha, nämlich die Stämme der Uled Othman und Uled Salem, die um Verzeihung gebeten hatten, einwilligten, eine Geldbuße zu bezahlen. Nach Ablieferung derselben wird ihnen der Zutritt zum Muluja wieder gestattet werden.

Insurrektion auf Kuba.

(Telegramme.)

* Newhork, 27. Juli. Ein amtliches Telegramm aus Havana meldet, daß die Regierung über die Insurrektion des Generals Miniet nur die Tatsache erfahren habe, daß dieser mit einem Duzend seiner Leute aus unbekannter Ursache gemeutert hat und ins Innere der Insel geflüchtet ist. Die Meuterer werden von der Landpolizei und Milizmannschaften verfolgt. Die Regierung erklärt zwar, daß der Vorfall ohne Bedeutung sei; von der Öffentlichkeit wird aber darauf hingewiesen, daß der Präsident den Besuch seines Sommerhauses aufgeschoben habe. Man glaubt, daß die Regierung die Landung von Waffen befürchtet. Das Gerücht von Unruhen in der Provinz Pinar del Rio findet bis jetzt keine Bestätigung.

* Havana, 26. Juli. Die Regierung ist über die Insurrektion unter dem General Miniet in El Caney, im Osten Kubas, sehr beunruhigt. Truppen wurden dorthin entsandt.

Grossherzogtum Baden.

* Karlsruhe, 27. Juli.

** Mit Bezug auf die in Nr. 193 dieser Zeitung veröffentlichte Belehrung über sanitäre Maßnahmen zur Vermeidung gesundheitlicher Gefährdungen aus Anlaß der Überschwemmungen wird darauf aufmerksam gemacht, daß das zum Ubergießen von Tümpeln, Gräben und Gruben empfohlene Mittel „Saprol“ auch in Drogerhandlungen erhältlich ist.

† In Matama (Deutsch-Ostafrika), 150 Kilometer nördlich von Kilimatinde, ist am 15. Mai eine Postagentur eingerichtet worden, deren Tätigkeit sich auf die Annahme und Ausgabe von gewöhnlichen und eingeschriebenen Briefsendungen sowie auf die Annahme und Auszahlung von Postanweisungen im Bereiche innerhalb des Schutzgebietes und mit Deutschland, sowie mit Britisch-Ostafrika und Uganda erstreckt.

* (Stadtgärtentheater.) Morgen, Donnerstag, findet eine Aufführung der beliebten Operette „Orpheus in der Unterwelt“ von Jacques Offenbach statt. Freitag wird das mit vielem Beifall aufgenommene Werk „Reiche Mädchen“ von Johann Strauß gegeben und Samstag findet die siebente Aufführung der fasslichen Operette „Die geschiedene Frau“ statt.

* (Die Aquarienausstellung in der Groß. Orangerie findet vielseitiges Interesse und wird zahlreich besucht. Sie bietet ein vorzügliches Bild des gegenwärtigen Standes der Aquarienkunde. — Aus Kreisen von Naturliebhabern wird uns geschrieben: Man nimmt allgemein an, daß die Fortpflanzung der Fische durch Eier geschieht. Und doch gibt es auch hier Ausnahmen! In den letzten 10 Jahren sind aus fremden Ländern nach Deutschland Fische eingeführt worden, die lebendige Junge gebären. Es sind dies die sog. lebendgebärenden Fische, die meist der Karpfenarten angehören. Es sind meist kleinere Fische, welche die Länge von 6 cm selten übersteigen. Das „härtere Geschlecht“, die Männchen, sind oft bedeutend kleiner als die Weibchen und meist von wunderbarer Farbenpracht. Die Jungen sind bei ihrer Geburt vollständig ausgebildet und gehen sofort ihrer Nahrung nach. Diese interessanten Fische sind in der im Groß. Orangeriegebäude eröffneten Aquarienausstellung zu sehen, wo sich eine Menge dieser Fische in schönen Exemplaren befindet. Dort trifft man auch die durch ihre Brutpflege so interessanten „Maulbrüter“ an, prächtig gefärbte Fische vom Nil. Das Weibchen nimmt die befruchteten Eier ins Maul und trägt sie dort ungefähr 2 Wochen herum, während welcher Zeit es keine Nahrung aufnimmt, bis die Jungen, deren es 30—40 Stück sind, ausgebrütet sind. Da die Jungen beim Ausschlüpfen noch nicht selbständig sind, so führt der alte Fisch dieselben gleich einer Henne ihre Küchlein. Bei drohender Gefahr suchen und finden die Kleinen Schutz im sicheren Reich der Mutter. — Die Aquarienausstellung, deren Besuch bestens zu empfehlen ist, bleibt bis Ende des Monats geöffnet.

† (Aus der Sitzung der Ferienkammer II vom 26. Juli.) Vorsitzender: Landgerichtsrat König. Vertreter der Groß. Staatsanwaltschaft: Gerichtsassessor Dr. Bühner. — In geheimer Sitzung gelangte die Anlage gegen den 55 Jahre alten Tagelöhner Johann Wilmann aus Springen wegen Sittlichkeitsverbrechens zur Verhandlung. Der schon mehrfach vorbestrafte Angeklagte, der sich im Laufe des Monats Juni zu Springen wiederholt gegen den § 176 a St.-G.B. vergangen, erhielt 1 Jahr 3 Monate Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust. — Angeklagt wegen Urkundenfälschung und Betrugs waren der Fuhrmann Wilhelm Schrott aus Weiler und der Kaufmann Albert Neugart aus Göringshöfen, wohnhaft in Forzeim. Der Angeklagte Schrott hatte, um sich aus Zahlungsschwierigkeiten zu helfen, in den Jahren 1908 und 1909 eine Anzahl Wechsel im Gesamtbetrag von 1470 M. gefälscht, indem er sie mit dem Akzept auf den Namen ihm bekannter Personen verfaß. Diese Wechsel wurden durch die Vermittlung des Neugart an Zahlungsfähige weitergegeben. Auf Grund des Verhandlungsergebnisses konnte sich das Gericht von einer Schuld des Neugart nicht überzeugen und sprach diesen Angeklagten deshalb frei. Schrott erhielt 7 Monate Gefängnis.

† Freiburg, 26. Juli. Heute vormittag wurden die Verhandlungen des Verbandes Deutscher Rabattsparrvereine fortgesetzt und zu Ende geführt. Zunächst berichtete Rechtsanwalt Oswald-Ulm über das neue Wettbewerbsgesetz und dessen Wirkungen. Er schloß mit einer von der Versammlung angenommenen Resolution, worin bei aller Anerkennung des neuen Gesetzes strengere Ausführungsbestimmungen gegen den unlauteren Wettbewerb und die Ausverkäufe verlangt werden. So sollen Saison- und Inventurausverkäufe in einem Geschäfte innerhalb eines Kalenderjahres im ganzen nur zweimal abgehalten werden dürfen, und zwar auf die Dauer bis zu je 2 Wochen. In der Debatte wurde, auch gegen Extraverkäufe wie „Weiße Woche“, „55-Pfennigtage“ und ähnliche Lage Stellung genommen. Dann hielt unter lebhaftem Beifall Jansen-Barmen einen Vortrag gegen die Konsumvereinsbewegung, worin u. a. auch verlangt wird, daß den Beamten die Tätigkeit in Konsumvereinen untersagt

werde. Eine einstimmig angenommene Resolution verlangt die Beseitigung jeglicher Sonderprivilegien und Begünstigungen der Konjunktionsgesellschaften durch die Reichs- und Staatsbehörden. Die Einschränkung des Hausierwesens und des Detailreisens wurde in einem Antrag der Referenten gefordert sowie auch die Heraushebung der Altersgrenze für Hausierberechtigte, im übrigen soll die Zulassung der Hausierer und Detailreisenden von dem Nachweis des Bedürfnisses abhängig gemacht werden. Damit waren die Verhandlungen beendet und als Tagungsort für das nächste Jahr wurde Braunschweig bestimmt. — Heute nachmittag wurde eine Wagenfahrt über die Wintererstraße durch die herrlichen Waldungen Freiburgs unternommen und am Abend wird ein Festkonzert im Stadtgarten mit Illumination und bengalischer Beleuchtung den Gästen von der Stadt geboten werden. Ein Ausflug in das Hölental und auf den Feldberg wird morgen die Festlichkeit zum Abschluß bringen. Der Bürgerausflug war gestern zu einer 5 1/2 stündigen Sitzung versammelt, die einen lebhaften Charakter trug. Zu Eingang der Sitzung wurde von Oberbürgermeister Dr. Winterer mitgeteilt, daß der Stadtrat für das im Herbst zu eröffnende neue Stadttheater die Anstellung eines bewährten Spielleiters und Dramaturgen mit selbständigen künstlerischen Befugnissen und die Verstärkung der Theaterkommission durch Beranziehung weiterer literarisch und künstlerisch berufener Personen beschlossen habe; die Stelle eines Spielleiters sei bereits zur Besetzung ausgeschrieben. Den Hauptgegenstand der Beratung bildete die Regelung der Rechtsverhältnisse der städtischen Beamten, der Volksschullehrer und der Stadtarbeiter. Die Ansichten gingen in einzelnen Punkten weit auseinander, namentlich betreffs der Beamtenvorlage bezw. der Gehaltsaufbesserung, die auch vom geschäftsleitenden Vorstand nicht als dringlich bezeichnet wurde, zumal in unserer Zeit der wirtschaftlichen Notlage alle Neuausgaben gründlich geprüft werden müßten, auch könnten die Gehälter der städtischen Beamten einen Vergleich mit jenen der Staatsbeamten vollauf aushalten. Schließlich wurde die Vorlage betr. Änderung des Arbeiterstatuts und des Lohns einmütig angenommen, ebenso die Lehrervorlage (Änderung des Ortsstatuts über die Verhältnisse des gesamten Volksschulwesens der Stadt), sowie die Vorlage über die Revision des Gehaltsstatuts für die Orchestermitglieder. Bei der Beamtenvorlage wurde über die Änderung der Dienst- und der Gehaltsordnung getrennt abgestimmt; jene wurde mit beträchtlicher Mehrheit angenommen, dagegen die Änderung der Gehaltsordnung mit geringer Mehrheit abgelehnt. Einige Punkte der Tagesordnung wurden einer späteren Sitzung vorbehalten.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

* **Moskva, 26. Juli.** Die „Hohenzollern“ mit Seiner Majestät dem Kaiser an Bord, die heute vormittag unter dem Salut der Kriegsschiffe von Moskau abgegangen war, ist gegen 12 Uhr mittags hier eingetroffen. Der Kaiser begab sich an Land, um den Kaiserbaukasten zu besichtigen. — Nachmittags 4 Uhr hat die „Hohenzollern“ die Weiterfahrt nach Bergen angetreten.

* **Bergen, 27. Juli.** Die „Hohenzollern“ mit Seiner Majestät dem Kaiser an Bord ist heute vormittag hier eingetroffen.

* **Berlin, 27. Juli.** Die Teilnahme Ihrer Majestät der Kaiserin an der Reise Seiner Majestät des Kaisers nach Wien im September wird von den Blättern für wahrscheinlich gehalten.

* **Berlin, 27. Juli.** Der Verband sozialdemokratischer Wahlvereine von Groß-Berlin ließ gestern in sechs Berliner Reichstagswahlkreisen eine Resolution vorlegen, nach der die Berliner Parteigenossenschaft von dem Magdeburger Parteitag erwartet, daß er Vorkehrungen trifft, um in Zukunft Parteibeschlüssen unter allen Umständen Geltung zu verschaffen. Die radikalen Führer der Partei wollten die Ausschließung der Badener Abgeordneten, die im Landtag für das Budget gestimmt haben. Schließlich siegte aber der mildere Beschluß des Parteivorstandes.

* **Kiel, 27. Juli.** Marschall Hermes da Fonseca ist gestern Abend hier eingetroffen.

* **Braunschweig, 27. Juli.** Der Herzogregent und die Herzogin sind heute gegen mittag nach siebenmonatlicher Abwesenheit hier wieder eingetroffen und von den Spitzen der Behörden feierlich empfangen worden. Das Publikum bereitete den Heimgekehrten einen herzlichen Empfang.

* **Stuttgart, 27. Juli.** Seine Majestät der König empfing gestern dem „Staatsanzeiger“ zufolge hier den aus Friedrichshafen hier eingetroffenen Staatssekretär des Reichsjustizamts, Dr. Lisco, der hierauf, auch von Ihrer Majestät der Königin empfangen wurde. Der König verlieh dem Staatssekretär das Großkreuz des Friedrichsordens.

* **Marienbad, 27. Juli.** Staatssekretär von Aiderlen-Wächter ist heute früh 7 Uhr hier eingetroffen und am Bahnhofe von dem Sekretär des Ministers des Auswärtigen Frhrn. von Frankenstein und dem Vizebürgermeister empfangen worden. Der Staatssekretär stieg als Gast der Stadt Marienbad in deren Schloß Luginsland ab, wo f. Rt. auch Kaiser Franz Joseph gewohnt hat. Vormittags 10 Uhr begab sich der Staatssekretär zum Grafen Ahrenthal und blieb bis zum Lunch bei ihm.

* **Paris, 26. Juli.** Der „Temps“ meldet aus Madrid: Die Carlisten begingen den Geburtstag Don Jaimis. In Barcelona wurden die carlistischen Kundgebungen von der Polizei zerstreut. In Portugalete bei Bilbao erfolgte ein Zusammenstoß zwischen Carlisten und Republikanern, wobei sieben Personen verwundet wurden. Die Feuerwehr gab Wasser auf die Demonstranten und die Polizei Schüsse in die Luft ab.

* **Lecco (Apulien), 26. Juli.** In San Pietro Vernotico war zur Führung einer Untersuchung aus Anlaß der Ernennung des Leiters der städtischen Polizei ein Regierungskommissar eingetroffen. 600 Personen veranstalteten gegen diesen eine lärmende Kundgebung, wobei die Carabinieri mit Steinen beworfen wurden. Die lärmende Menge drängte vor das Rathaus, so daß die Carabinieri, nachdem aus der Menge Revolvergeschosse sogar gegen den Regierungskommissar gefallen waren, von der Waffe Gebrauch machen mußten. Zwei Personen wurden getötet und fünf verwundet. Die gerichtliche Untersuchung ist eröffnet.

* **Leus, 26. Juli.** Die gestern in Streik getretenen Bergleute der Gruben von Lievin durchschnitten die Telephon- und Telegraphendrähte der Gruben, sowie die Signaldrähte der Grubenbahn. Es wurde beschlossen, mit der Grubenleitung nur dann in Verhandlung zu treten, wenn zwei vorher entlassene Arbeiter wieder eingestellt werden.

* **Christiania, 27. Juli.** Das Storching hat sich gestern vertagt. — Das Storching hat, wie gemeldet, in einer der letzten Sitzungen den Vorschlag der Regierung, aus den letztjährigen Überschüssen der Staatskasse 4 Millionen Kronen für außerordentliche Verteidigungsmassnahmen abzusetzen, mit großer Mehrheit angenommen. Je die Hälfte wird für Marinegewehr- und Landbesetzungen benutzt. Befestigungen sollen im südlichen Norwegen an Glommen in der Nähe der neutralen Zone errichtet werden, was erklärlicherweise große Aufmerksamkeit in Schweden erregt, aber sowohl Ministerchef Norow wie Kriegsminister Bull bestritten, daß es sich herbei um neue Grenzfestungen handle. Die Maßregeln seien nicht gegen Schweden gerichtet, sondern im Interesse der Landesicherheit geboten. Von Osten her könnten ja auch andere Truppen als schwedische in Norwegen eindringen. Norow wies auf die wertvollen Industrieanlagen hin, die in diesem Teil Norwegens lägen und des Schutzes bedürften. Unter diesen ist in erster Linie die Aktiengesellschaft Hafslund zu nennen, die bei Sarpsborg über gewaltige Wasserkraft verfügt und jetzt ihr Betriebskapital von 4 auf 10 Millionen Kronen erhöht. Hieran ist hauptsächlich deutsches Kapital interessiert, eine Tatsache, die dem Storchingsmitglied Chr. Knudsen Anlaß zu der eigenartigen Bemerkung gab, daß Norwegen wegen der Industrieanlagen keine Maßregeln zu ergreifen brauche. Wenn ein Feind diese angreife, würden sicher die Deutschen kommen, und sie verteidigen. Weitere Befestigungen werden bei Narvik, der Endstation der Ofotenbahn, angelegt.

* **Lissabon, 27. Juli.** Nach einem amtlichen Berichte aus Macao haben die Portugiesen 14 Piraten gefangen genommen und 5 Frauen und 3 Kinder, die auf Colowan festgehalten wurden, befreit.

* **Teheran, 27. Juli.** Die Ministerkrise, die länger als zwei Wochen gedauert hat, ist beendet. An der Spitze des neu gebildeten Kabinetts steht Mustafa Kemal; das Ministerium des Innern übernimmt Prinz Gernan Ferma, das Ministerium des Äußern Hussein Kuli Rabal, das Kriegsministerium Kabanek Saltanch, das Justizministerium Debr el Mulk, das Finanzministerium Chafik el Mulk. Mit Ausnahme des Ministerpräsidenten gehören alle Mitglieder des Ministeriums zu den extremen Rationalisten.

Verschiedenes.

Berlin, 26. Juli. Verhart Hauptmann teilte, wie die Blätter melden, dem Gemeindevorstand von Agnetendorf mit, daß er die bestimmte Absicht habe, seinen bisherigen Wohnsitz in Agnetendorf zum 1. Oktober d. J. vollständig aufzugeben. Der Dichter gedenkt entweder sich im Grünewald oder an der Riviera dauernd niederzulassen.

Berlin, 27. Juli. Die Reichsbank und einige Großbanken geben laut „Frl. Jg.“ die Hilfsaktion für die Niederdeutsche Bank in Dortmund als aussichtslos auf. Der Konkurs gilt als unvermeidlich. — Der Direktor, Bankier Ohm, wurde verhaftet.

Leipzig, 27. Juli. Vor einigen Tagen wurde durch die hiesige Kriminalpolizei der 29jährige Arbeiter Friedrich Skappius und sein 23jähriger Bruder verhaftet. Sie hatten an die Inhaber der Firma J. J. Weber Expressbriefe gerichtet, welche die Unterschrift „Argus Richard“ trugen. Da sich noch andere belastende Momente bei der angestellten Untersuchung ergaben, glaubt man der Aufklärung der Friedrichschen Mordangelegenheit auf der Spur zu sein, die im Dezember 1908 viel besprochen wurde.

Essen, 26. Juli. Bei einer Festlichkeit der freien Gewerkschaft, die von etwa 10 000 Personen besucht war, kam es zu einer großen Schlägerei. Als die Polizei erschien, wurde sie angegriffen und beschimpft. Zahlreiche Steine wurden geworfen und ca. 100 Revolvergeschosse abgegeben.

Duisburg, 27. Juli. Auf der Straße Sterkerade-Neumühl verletzten 10-13jährige Schulknaben durch Steine, die sie auf die Schienen wälzten, einen Zug zum Engleichen zu bringen. Die Strafammer verurteilte die Täter zu je 1 Jahr Gefängnis.

Stuttgart, 27. Juli. Der 9. Deutsche Stenographentag Gabelsberger, zu dem sich am Sonntag über 4000 Personen versammelt hatten, nahm gestern in seiner Hauptversammlung einstimmig eine Resolution an, nach welcher er in den von den deutschen Stenographen und Gabelsberger in die Wege

gesetzten Bestrebungen zur Schaffung einer einheitlichen Stenographie für das ganze deutsche Sprachgebiet ein im hohen Grade erstrebenswertes Ziel erblickt und hofft, daß unter Mitwirkung der Staatsregierungen es gelingen wird, dieses Ziel zu erreichen. Als glücklichste Lösung würde er es betrachten, wenn die altbewährte Schnellschrift Gabelsberger, die in Bayern, Sachsen und anderen Bundesstaaten sowie in Österreich Einheitsstenographie geworden ist, als solche für das ganze deutsche Sprachgebiet anerkannt würde. Bei den Vorträgen haben der Lehramtskandidat Alois Wengel-München und stud. jur. Eugen-Konstanz bei drei Minuten Diktat und 400 Silben in der Minute erste Preise und Ehrenurkunde erhalten. Zum Bundesvorsitzenden wurde Professor Pfaff-Darmstadt wiedergewählt. Der nächste Stenographentag findet im Jahre 1914 in Düsseldorf statt.

Strasbourg i. G., 27. Juli. Professor Dr. Cloetta, gegen den die Studenten mit Pfeifen und Bischen wegen angeblich großer Strenge bei den Prüfungen demonstrierten, hat seine Vorlesungen eingestellt.

Zu den gemeldeten Tumulten in der Vorlesung des Prof. Cloetta werden folgende Einzelheiten mitgeteilt. Am letzten Samstag fanden mündliche Doktorprüfungen statt, in denen auch Prof. Cloetta zu prüfen hatte. Entgegen allem Erwarteten ließ Prof. Cloetta einen der Kandidaten durchfallen, ein anderer erhielt eine weit schlechtere Note, als allgemein erwartet worden war. Dabei äußerte noch Prof. Cloetta zu einem der Kandidaten, er sei als Elsch-Lothringer unfähig, das Französische so auszusprechen, daß er es unterrichten könnte. Die Studentenschaft ist bereits seit Wochen über das ihrer Ansicht nach zu rigorose Verhalten Cloettas während der Prüfungen aufgebracht. Prof. Cloetta ist geborener Italiener und war früher in Breslau, von wo er als Nachfolger für Prof. Gröber auf den Lehrstuhl für romanische Philologie an die hiesige Universität berufen wurde.

Strasbourg i. G., 27. Juli. Der „Straßb. Post“ zufolge haben die Stadtverordneten von Mainz den früheren Straßburger Kapellmeister Albert Gortler, den die Theaterkommission einstimmig in Vorschlag brachte, ebenfalls einstimmig zum städtischen Kapellmeister gewählt. Gortler wird den neuen Posten am 1. September antreten. (Kapellmeister Gortler war lange Jahre in Karlsruhe dienstlich tätig. Auch von hier aus begleiten den geschätzten Künstler die besten Wünsche in sein neues Amt. D. Neb.)

Paris, 26. Juli. Aus Algier wird gemeldet: Riemlich heftige Erderstöße wurden in der vergangenen Nacht in Algier wahrgenommen. Die meisten Häuser wurden geräumt.

Marseille, 27. Juli. Eine heftige Feuersbrunst zerstörte den Schuppen der Handelskammer. Die Verluste betragen sich auf Millionen.

Cherbourg, 27. Juli. Das Unterseeboot „Albatros“ soll im Laufe der nächsten Woche von Calais nach Cherbourg geschleppt werden, wo es vollständig wieder hergestellt werden soll.

London, 26. Juli. Das historische Schloß Menlough in der Grafschaft Galway ist niedergebrannt. Die Tochter des Besitzers, Sir Valentin Blakes, ist verbrannt. Zwei Bedienstete sind beim Sprung aus dem Fenster tödlich verunglückt.

St. Petersburg, 26. Juli. In den letzten 24 Stunden — von Mittag zu Mittag — erkrankten 68 Personen an der Cholera, von denen 16 gestorben sind. Die Zahl der Erkrankten beträgt jetzt 280.

Von der Luftschiffahrt.

Stuttgart, 27. Juli. Die Zeppelin-Luftschiffbau-Gesellschaft in Friedrichshafen teilt mit, daß Graf Zeppelin mit seinem Lenkballon in der letzten Augustwoche zum Besuche Kaiser Franz Josefs in Ischl eintreffen wird.

Wetterbericht des Zentralbureaus für Meteorologie und Hydro.

Die über der Nordsee gelegene Depression ist nach dem norwegischen Meer weitergezogen, ein Teilminimum ist über dem Skagerrak zurückgeblieben; dieses verurteilt noch am Morgen in ganz Deutschland unbehändiges, kühles Wetter mit stellenweisen Regenfällen. Ein barometrisches Maximum ist über der Schweiz und über Süddeutschland entstanden; von hier aus erstreckt sich ein Rücken hohen Druckes bis nach Finnland. Voraussichtlich wird im Bereich dieses Hochdruckgebietes Aufhellung und Erwärmung eintreten; da aber bereits eine neue ziemlich tiefe Depression im Westen der britischen Inseln erschienen ist, so wird es bald darnach wieder zu einem Witterungsumschlag kommen.

Wetternachrichten aus dem Süden

Lugano wolkenlos 19 Grad, Coruna Nebel 14 Grad, Perpignan wolkenlos 19 Grad, Triest bedeckt 16 Grad, Florenz bedeckt 17 Grad, Rom halb bedeckt 21 Grad, Cagliari wolkenlos 20 Grad, Brindisi wolkenlos 23 Grad, Ponta (Azoren) dunstig 23 Grad.

Witterungsbeobachtungen der Meteorolog. Station Karlsruhe.

Juli	Barom. mm	Therm. in C.	Abf. Feucht. in mm	Feuchtigk. in %	Wind	Stimm.
26. Nachts 9 ^U II.	752.1	14.5	8.7	71	WSW	bedeckt
27. Morgs. 7 ^U II.	754.4	13.5	8.5	74	SW	„
27. Mittags. 2 ^U II.	754.2	18.0	8.7	53	WS	„

Höchste Temperatur am 26. Juli: 19.8; niedrigste in der darauffolgenden Nacht: 11.4.
Niederschlagsmenge, gemessen am 27. Juli, 7^U früh: 0.5 mm.

Wasserstand des Rheins am 27. Juli, früh: Schutterin bei 3.45 m, gefallen 11 cm; Nehl 4.11 m, gefallen 7 cm; Ra gau 5.98 m, Stillstand; M a u n h e i m 5.92 m, gefallen 1 cm.

Verantwortlicher Redakteur: Adolf Kersting, Karlsruhe.
Druck und Verlag:
G. Braunsche Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.

Versäumen Sie nicht

die günstige Gelegenheit, die Ihnen der Inventur-Verkauf in
Kleiderstoffen, Seidenstoffen, Besatzartikeln
der Firma **Carl Büchle**, Inh.: A. Schumacher, Kaiserstrasse 149, bietet.
Nur solide Ware zu **enorm billigen** Preisen.
Auf alle Artikel 10% Skonto in Marken oder bar.
NB. Sonntags geschlossen.

Teleph. 114 **Möbelmagazin** Gegr. 1883 Eigene Entwürfe. Eigene Fabrikation.

vereinig. Schreinermeister

eingetr. Genossenschaft mit unb. Haftpflicht

KARLSRUHE i. B.

Amalienstraße 31

Speisezimmer, Herrenzimmer,
Schlafzimmer, Salons, Küchen

Einzelmöbel

Gediegene Ausführung. Eigene Polsterwerkstätte. Besichtigung ohne Kaufzwang.

G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag, Karlsruhe (Baden)

Zivilprozessordnung nebst Gerichtsverfassungsgesetz

Für Gerichtsschreiberbeamte. Zur Einführung in das Studium und zum praktischen Gebrauch

Mit Mustern zu Protokollen usw. sowie einem Examinatorium. Von Landgerichtsrat Dr. J. Glöck und Notar E. Burger. Zweite, umgearbeitete und vermehrte Auflage. Preis in Leinwand gebunden M. 4.80. (Das Buch berücksichtigt u. a. auch die Novelle vom 1. Juni 1909).

Sieben erschien hierzu ein

Nachtrag, der u. a. außer den Änderungen der verschiedenen Geschäftsordnungen usw. und einer Darstellung der wesentlichen hierher Bezug habenden Bestimmungen des neuen badischen Hinterlegungsgesetzes auch die Änderungen, die infolge des Gesetzes vom 22. Mai 1910, die Zuständigkeit des Reichsgerichts betreffen, sich als notwendig erwiesen haben, enthält. Dieser Nachtrag wird dem Buche kostenlos beigegeben und den bisherigen Bezüglern un berechnet und portofrei nachgeliefert.

Urteile der Presse über die 1. Auflage:

Die Darstellung ist korrekt, klar und verständlich. Gute Beispiele und Protokollmuster unterstützen sie. Ein Examinatorium erleichtert die Vorbereitung auf das Examen. So ausgestattet darf der Leitfaden für seinen Zweck bestens empfohlen werden.

Das Buch, das für das ganze Geltungsgebiet der ZPO. berechnet ist, enthält stets wertvolle Hinweise auf die Vollzugsbestimmungen der Einzelstaaten. Möge es recht weite Verbreitung finden! Es wird dem Gerichtsschreiberbeamten Studium, Examen und Praxis gewiß wesentlich fördern und zur weiteren Hebung dieses für eine erprobte Rechtspflege so wichtigen Amtszweiges ein gutes Stück beitragen. Zentralblatt für freiwillige Gerichtsbarkeit und Notariat sowie Juuangsbeilage. Nr. 18. 16. März 1906.

Zu beziehen durch jede Buchhandlung und direkt vom Verlag

Grimmi-Alp (ob Erholungsstation f. Großstädter) Spiez) Gd. Hotel. 150 Betten. Pension Fr. 8.-15. Berner Oberland, 1260 m. ü. M. Kurarzt. Prosp. gratis. J. Ch. Poltera, Dir. 3412

Schönwald, Viktoria-Hotel

Höhenluftkurort, 1000 m ü. d. M. Station Triberg. In schön. geschützt. Lage am Waldrande. Moderner Komfort. Große Veranden. Geräumige Empfangshalle, erstes Haus am Platze. Table d'hôte an kleinen Tischen. Pension. Prosp. bereitwilligst. K. Ketterer, Besitzer. 244.12.1

U. Kautt & Sohn, Hofwagenfabrik, Karlsruhe

Neue und gebrauchte Wagen aller Gattungen stets vorrätig.

Carosseriebau.

Reelle Bedienung. 3.204 Billige Preise.

F. Bausback

Weingrosshandlung Karlsruhe Amalienstr. 53 Telefon 1468

Postcheckkonto Nr. 2833, Karlsruhe (Baden)

FEINSTES SPEZIAL-GESCHÄFT

für WEINE im FASS u. in FLASCHEN vom leichten LANDWEIN bis zu den feinsten EDELGEWÄCHSEN, SCHAUMWEINE, MEDICINAL- u. DESSERTWEINE, u. SPIRITUOSEN Preislisten zu Diensten.

Neues Delikatess-Gauertraut

Nur selbstgemachte Prima-Ware

zu 13 Pfennig das Pfund

Dürrfleisch

Pfund 1.- Mark

Bestgeräucherte Ware erster Qualität

ist wieder in allen Filialen erhältlich.

Gebrüder Hensel.

111.95

Bad. Hoflieferantenwappen

in Zink geprägt sind zur Hälfte des selbstigen Preises zu verkaufen.

H. Hübsamen, Konfiseursverwalter, Heidelberg, Allee 77. 246.3.1

Gegen Einbindung von 30 Pf. erhält jeder eine Probe selbstgebackten **Ahr-, Rhein- oder Moselwein** nicht Preisliste. Beim Risiko, da wir nicht gelassenes ohne weiteres unkontrolliert zu rücknehmen. 18 Morgen eigene Weinberge. Gebr. Hensel auf Weingut Burgol, Ahrweiler

Verkauf aus freier Hand.

Dienstag den 2. August 1910, vormittags 9 Uhr, werde ich in Friesenheim, Amt Lahr (Baden), Adlerstraße Nr. 10, gegen bare Zahlung im Vollstreckungsweg öffentlich verkaufen (Versteigerung):

190 Ballen Domingo-Tabake.

Der Tabak liegt schon längere Zeit unter Kontrollverschluss. 2.266

Lahr, den 25. Juli 1910.

L. Evers, Gerichtsvollzieher.

Bürgerliche Rechtsstreite.

Effentliche Zustellung einer Klage. Nr. 16110. Freiburg.

Der Fabrikarbeiter Karl Friedrich Nigert zu Lörrach, Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwälte Schmitt und Mayer in Lörrach, klagt gegen seine Ehefrau Marie Magdalena geb. Wiebmann, früher zu Dornmünd, unter der Behauptung, daß die Beklagte sich am 4. Oktober 1904 heimlich aus der ehelichen Wohnung entfernte und seitdem nichts mehr von sich hören ließ, mit dem Antrage auf Ehescheidung.

Der Kläger ladet die Beklagte zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die III. Zivilkammer des Großh. Landgerichts zu Freiburg auf Donnerstag den 6. Oktober 1910, vormittags 9 Uhr,

mit der Aufforderung, einen bei dem gedachten Gerichte zugelassenen Anwalt zu bestellen.

Zum Zwecke der öffentlichen Zustellung wird dieser Auszug der Klage bekannt gemacht.

Freiburg, den 15. Juli 1910.

Schid, Gerichtsschreiber Gr. Landgerichts.

Effentliche Zustellung einer Klage. Nr. 2292. Nr. IV 2045. Karlsruhe.

Die Klara Häber geb. Schülle in Karlsruhe, Schillerstraße 28, Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Karl Klump dafelbst, klagt gegen ihren Ehemann Fritz Häber, ehemals städt. Verwaltungsassistent in Karlsruhe, jetzt an unbekanntem Orte, auf Grund des § 1567 Abs. II Ziff. 2 BGB. mit dem Antrage auf Ehescheidung der am 24. Oktober 1908 zu Karlsruhe geschlossenen Ehe der Parteien aus Verschulden des Beklagten.

Die Klägerin ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die IV. Zivilkammer des Großh. Landgerichts zu Karlsruhe auf

Wittwoch den 30. November 1910, vormittags 9 Uhr,

mit der Aufforderung, einen bei dem gedachten Gerichte zugelassenen Anwalt zu bestellen.

Zum Zwecke der öffentlichen Zustellung wird dieser Auszug der Klage bekannt gemacht.

Karlsruhe, den 22. Juli 1910.

Buehler, Gerichtsschreiber Gr. Landgerichts.

Stadtgartentheater Karlsruhe. 3.992

Donnerstag den 28. Juli 1910:

Orpheus in der Unterwelt.

Operette in 4 Akten von Hector Cremieug. Musik von Jacques Offenbach. Anfang 8 Uhr.

Eine westfälische Außersyndikats-Zeche mit besten Industrie-, Hausbrandkohlen u. Steinkohlen-Briketts beabsichtigt für

Karlsruhe und Umgegend

die Uebertragung des

Allein-Verkaufs

an eine leistungsfähige, möglichst mit Magazinen versehene

Kohlengroßhandlung.

Angebote unter K 245 an die Expedition der Karlsruher Zeitung.

Ein Posten

Billing & Zoller Stammactien

zu verkaufen.

Angebote unter F. W. F. 290 an Rudolf Mosse, Frankfurt a. M. 140.5.5

Bekanntmachung.

Nr. 19738. Auf 1. Oktober d. J. ist dahier eine

Kanzlei-Gehilfenstelle

mit der üblichen Vergütung zu besetzen.

Geeignete Bewerber wollen sich innerhalb 14 Tagen melden.

Durlach, den 26. Juli 1910.

Großh. Bezirksamt: Turban.

Bekanntmachung.

Bei diesseitigem Gericht ist eine

Schreibgehilfenstelle

auf 1. August l. J. zu besetzen. Jahressvergütung 700 M. nebst Schreibgebühren. 247.2.1

Bewerber wollen sich sofort melden.

Stadach, den 25. Juli 1910.

Großh. Amtsgericht

Rechtes, vor den Verbindlichkeiten aus Pflichttheilsrechten, Vermächtnissen und Auflagen berücksichtigt zu werden, von dem Erben nur insoweit Befriedigung verlangen, als sich nach Befriedigung der nicht ausgeschlossenen Gläubiger noch ein Überschuß ergibt. Auch haften ihnen jeder Erbe nach der Teilung des Nachlasses nur für den seinem Erbteil entsprechenden Teil der Verbindlichkeit.

Für die Gläubiger aus Pflichttheilsrechten, Vermächtnissen und Auflagen sowie für die Gläubiger, denen die Erben unbeschränkt haften, tritt, wenn sie sich nicht melden, nur der Nachteil ein, daß jeder Erbe ihnen nach der Teilung des Nachlasses nur für den seinem Erbteil entsprechenden Teil der Verbindlichkeit haften.

Mannheim, den 15. Juli 1910.

Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts 18. Schmidt.

Aufgebot.

Nr. 135.3. Nr. 3082. Mannheim.

Die Katharina Gmelin, Schultheißen-Witwe in Hornsbach, O.-U. Badnang, hat das Aufgebot des 4 % Rhein-Spottschekenspandbriefes, Serie 66, Litera C. Nr. 6092 über 500 M. beantragt.

Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, spätestens in dem auf:

Samstag den 18. März 1911, vormittags 9 Uhr,

vor dem unterzeichneten Gerichte, Saal B, Zimmer 112, anberaumten Aufgebotstermine seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Pfandlosklärung der Urkunde erfolgen wird.

Mannheim, den 15. Juli 1910.

Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts: Schmidt.

Aufgebot.

Nr. 170.2. Nr. 10428. Sinsheim.

Katharina Gmelin, ledig in Sinsheim, hat das Aufgebot zum Zweck der Ausschließung des Eigentums des bisher auf den Namen der Babette Hoffmann, zuletzt wohnhaft in Sinsheim, eingetragenen Grundstücks Lagerbuch Nr. 7807 der Gemarung Sinsheim gemäß § 927 BGB. beantragt.

Der bisherige Eigentümer wird aufgefordert, seine Rechte spätestens in dem auf:

Montag den 31. Oktober 1910, vormittags 9 Uhr,

vor dem Großh. Amtsgericht hier anberaumten Aufgebotstermine anzumelden, widrigenfalls seine Ausschließung erfolgen wird. Auf Antrag wurde die Sache als Ferienfache bezeichnet.

Sinsheim, den 22. Juli 1910.

Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts: J. B.: Weibinger.

Konkursverfahren.

Nr. 11370. Bretten. Das Konkursverfahren über das Vermögen des Landwirts Karl Eißler von Wöfingen ist nach erfolgter Abhaltung des Schlußtermins und Vornahme der Schlussverteilung aufgehoben worden.

Bretten, den 19. Juli 1910.

Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts: Wenk.

Bekanntmachung.

Nr. 241. Bühl. Im Konkursverfahren über das Vermögen der Heinrich Meiling Ehefrau, Lina geb. Hoff, Wittin zum Deutschen Kaiser in Bühl, beträgt die Summe der nichtvorrechtigten Forderungen 12960.03 M. und der zur Verteilung verfügbare Massebestand 330 M.

Bühl, den 26. Juli 1910.

Der Konkursverwalter.

Freiwillige Gerichtsbarkeit.

Aufgebot.

Nr. 7101 A. V. Karlsruhe. Die Maria Frit in Basel, Witwe Viktorina Roggenhauer Frit und Jakob Frit-Thommen in Bern, vertreten durch die bevollmächtigten Rechtsanwälte und Notare Dr. Wieber, Dr. Bisler und Dr. Buchardt in Basel, haben beantragt, den verstorbenen, am 22. September 1835 in Basel geborenen Friedrich Frit, zuletzt wohnhaft in Basel bei seinen Eltern, für tot zu erklären.

Der bezeichnete Verstorbenen wird aufgefordert, sich spätestens in dem auf:

Montag den 27. Februar 1911, vormittags 11 Uhr,

vor dem Großh. Amtsgericht, Mademiestr. 2, I. Stock, Zimmer Nr. 11, anberaumten Aufgebotstermine zu melden, widrigenfalls die Todeserklärung erfolgen wird.

An alle, welche Auskunft über Leben und Tod des Verstorbenen zu erteilen vermögen, ergeht die Aufforderung, spätestens im Aufgebotstermine dem Gericht Anzeige zu machen.

Karlsruhe, den 23. Juli 1910.

Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts A. V. Schmidt.

Bekanntmachung.

Nr. 1432. Nr. 3981. Mannheim.

Der Rechtsanwalt Dr. Deutsch in Mannheim hat als Verwalter des Nachlasses des am 13. März 1910 in Mannheim verstorbenen Bäckermeisters Bernhard Wilhelm Haas das Aufgebotverfahren zum Zwecke der Ausschließung von Nachlassgläubigern beantragt.

Die Nachlassgläubiger werden daher aufgefordert, ihre Forderungen gegen den Nachlass des verstorbenen Bäckermeisters Bernhard Wilhelm Haas spätestens in dem auf:

Samstag den 3. Dezember 1910, vormittags 9 Uhr,

vor dem unterzeichneten Gerichte, Saal B, Zimmer Nr. 112, anberaumten Aufgebotstermine bei diesem Gerichte anzumelden.

Die Anmeldung hat die Angabe des Gegenstandes und des Grundes der Forderung zu enthalten; urkundliche Beweismittel sind in Urschrift oder in Abschrift beizufügen.

Die Nachlassgläubiger, welche sich nicht melden, können, unbeschadet des